

3514/J XXI.GP

Eingelangt am: 27.02.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend AKW Temelin: Schon vergessen?

Nach dem Temelin-Volksbegehren der FPÖ, das von knapp einer Million Menschen unterzeichnet wurde, ist mittlerweile mehr als ein Monat vergangen. Viele Menschen haben das Volksbegehren auch deshalb unterschrieben, weil sie von der Bundesregierung eine engagiertere Anti-Temelin-Politik und einen neuen Anlauf für Stilllegungsverhandlungen wünschen. Viele Menschen haben das Volksbegehren nicht unterschrieben, weil sie in einer Veto-Drohung gegen einen EU-Beitritt Tschechiens kein geeignetes Instrument sehen. In Folge haben Vertreterinnen der Bundesregierung mehrfach angekündigt, mit Prag neue Verhandlungen über eine Stilllegung des AKW aufnehmen zu wollen.

Mittlerweile ist es im tschechischen AKW am 7. Februar zum bisher schwerwiegendsten Störfall seit Beginn des Probetriebes im Oktober 2000 gekommen, die Notkühlung musste aktiviert werden, erstmals war auch der Primärkreislauf direkt betroffen. Laut Experten ging Temelin nur knapp an einer Katastrophe vorbei. "Erstmals in der Geschichte Temelins wurde ein außerordentliches Ereignis erster Stufe ausgerufen", bestätigte auch die Leiterin der staatlichen tschechischen Nuklearbehörde. Block 1 ist mittlerweile abgeschaltet worden, um die Probleme im Laufe einer einmonatigen Pause zu analysieren.

Bereits in den nächsten Tagen soll Block 2 mit Brennstäben beladen werden, obwohl zahlreiche von einem internationalen Expertenteam konstatierte Mängel nicht behoben sind. Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Ausstiegsverhandlungen mit einer neuen Regierung nach den tschechischen Wahlen in Mai müssen seitens der Bundesregierung bereits jetzt intensiv vorbereitet werden. Denn nur mit einem umfassend und seriös unter Beteiligung aller relevanter Stellen (Bund, Länder, NGOs, Experten) vorbereitetem Ausstiegsangebot bestehen realistische Chancen auf einen Verhandlungsdurchbruch.

Am 31. Jänner hat der Bundeskanzler im Parlament angekündigt, nach den tschechischen Parlamentswahlen mit Prag wieder über das AKW Temelin zu sprechen. Die Bundesregierung werde alle Länder beim Ausstieg aus der Atomenergie unterstützen und Österreich werde auch mit der tschechischen Regierung nach den Wahlen in konkrete Gespräche eintreten, so der Kanzler.

Ende Januar hat auch Vizekanzlerin Susanne Riess Passer im Nachrichtenmagazin profil unterstrichen, dass es mit Tschechien konkrete Nachverhandlungen geben werde. Diese sollten in Richtung Nullvariante gehen. Die Vizekanzlerin betonte dabei

die Wichtigkeit, für Tschechien auch "finanzielle Alternativen zu erarbeiten". Hier könne Österreich nicht allein sein, auch die EU müsse helfen. "Das Problem ist, dass die Kommission bislang das Problem ignoriert hat. Da sollten wir noch einmal einen Anlauf machen," wird die Vizekanzlerin in profil zitiert.

Am 26. Februar hielt der Bundeskanzler nach dem Ministerrat laut APA anlässlich eines Vorschlages von Wirtschaftskammer-Präsident Leitl für ein finanzielles Ausstiegsangebot an Tschechien fest, dass er wenig davon halte, Tschechien für das AKW Temelin eine finanzielle Ausstiegshilfe anzubieten, "insofern als dieses Angebot schon oft gemacht worden, aber immer abgelehnt worden ist." Grundsätzlich gebe es aber natürlich die Bereitschaft, finanziell zu helfen, so der Kanzler.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Sie haben am 26.2.2002 nach dem Ministerrat zum Thema "finanzielle Ausstiegshilfe für das AKW Temelin" gesagt, dass "dieses Angebot schon oft gemacht worden ist, aber immer abgelehnt worden ist". Welche konkreten diesbezüglichen Ausstiegsangebote wurden seitens der Bundesregierung bisher an Tschechien gerichtet? Bitte listen Sie die einzelnen "Angebote" auf, versehen mit Datum, Höhe des finanziellen Angebotes, weiteren inhaltlichen Details des Angebotes, dem jeweiligen für das Angebot verantwortliche österreichische Regierungsmitglied, dem jeweiligen Regierungsmitglied auf tschechischer Seite, mit dem über das Angebot Gespräche geführt wurden und der Begründung der Ablehnung des Angebotes durch die tschechische Seite.
2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem Temelin-Volksbegehren eingeleitet, um Temelin-Ausstiegsverhandlungen mit einer neuen tschechischen Regierung vorzubereiten?
3. Welche konkreten Schritte (Sondierungsgespräche etc.) hat die Bundesregierung diesbezüglich bei tschechischen Politikerinnen gesetzt und mit welchen Ergebnissen?
4. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um für Temelin "finanzielle Alternativen zu erarbeiten"? Welche Vorarbeiten für ein finanzielles Ausstiegsangebot Österreichs hat die Bundesregierung durchgeführt? Haben Mitglieder der Bundesregierung diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Finanzminister geführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
5. Welche konkreten "Anläufe" hat die Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union unternommen, um "finanzielle Alternativen zu Temelin" auch von Seiten der EU einzufordern.
6. Welche konkreten technisch-inhaltlichen Vorschläge für ein "verbindliches Ausstiegsszenario" für Temelin hat die Bundesregierung bisher erarbeitet?
7. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein optimales Temelin-Ausstiegs-Angebot Österreichs und der EU inhaltlich, technisch, organisatorisch und finanziell gestaltet sein?